

Bergsträßer Lehrer^{innen}post

Die Zeitung für alle Beschäftigten im Bildungsbereich

Herausgeber:

GEW-Kreisverband Bergstraße



Nr. 70, Februar 2025

Verfassungsmäßigkeit und geltende Gesetze sind der Landesregierung offenbar völlig egal

Finger weg von den Gehältern!

Die Aussage von Ministerpräsident Boris Rhein klang zunächst ganz vielversprechend. „Wir wollen nicht bei den Bürgern sparen, sondern bei uns“, ließ der hessische Landesvater verlauten. Sollten er und sein Kabinett tatsächlich selbst zur Konsolidierung des Landeshaushalts beitragen, indem auf ein Teil der Bezüge verzichtet wird? Nein, das geschah selbstredend nicht. Mit „uns“ meinte Herr Rhein die Beamtinnen und Beamten.

Nicht nur, dass Staatsbedienstete aus der Sicht des Ministerpräsidenten und dessen wörtlich genommener Aussage offenkundig nicht zu Bürgern gehören, vielmehr lässt die vorgesehene Verschiebung der Gehaltserhöhung um vier Monate einiges deutlich werden. Erstens: Hessen bezahlt ohnehin schon zu niedrige Gehälter, was verfassungswidrig ist, wie gerichtlich bestätigt wurde. Aber Verfassungsbruch scheint die Hessische Landesregierung nicht davon abzuhalten, weiter so zu agieren, wie sie agiert. Zweitens: Die Gehaltserhöhung ist gesetzlich fixiert. Natürlich lassen sich solche Gesetze auch mit der Parlamentsmehrheit ändern (Liebe Sozialdemokraten in dieser schwarzen Landesregierung, wollt ihr dieses Spiel tatsächlich einfach so mitmachen?), doch wo bleibt bitte die Verlässlichkeit? Hier wird Vertrauen gebrochen, Vertrauen, das Politik gerade in diesen Zeiten mehr denn je nötig hätte.

Die betroffenen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) riefen deshalb zu einer Demonstration in Frankfurt auf, an der sich rund 2500 Personen beteiligten. Neben einer großen Gruppe der GEW waren Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der



Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) vertreten. Deren VertreterInnen hielten nach dem Demonstrationzug vom Frankfurter Hauptbahnhof über die Taunusanlage auf dem Opernplatz ihre Reden.

Für die GEW sprachen Landesvorsitzender Thilo Hartmann und dessen Stellvertreterin Heike Ackermann. In ihrer Rede wiesen die Bildungsgewerkschafter darauf hin, dass sich die Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hätten. Pflichtstundenzahl und Arbeitsbelastung seien viel zu hoch, jährlich würden von Lehrkräften in Hessen mehr als 2,5 Millionen nicht erfasste Überstunden geleistet, die also auch nicht ausgeglichen werden können. Hinzu kämen ständig neue Aufgaben und in nicht seltenen Fällen

ein Arbeiten in Schulgebäuden, die in einem schlechten Zustand sind. Es sei angesichts dieser Rahmenbedingungen nicht verwunderlich, dass Lehrkräfte, sozialpädagogisches Personal und andere Fachkräfte an den Schulen fehlen. „Ob im Unterricht oder in der Schulleitung: Die Zahl der unbesetzten Stellen ist hoch und wächst weiter an. Es ist eben nicht einfach, Menschen für einen Beruf zu begeistern, in dem Arbeitsbelastung und schlechte Arbeitsbedingungen steigen, während Wertschätzung und Bezahlung hinterherhinken“, merkte Hartmann an. Trotz dieser Situation weigere sich die Landesregierung, ernsthaft über die Arbeitszeiterfassung zu verhandeln, obwohl die Lehrkräfte darauf einen rechtlichen Anspruch haben. Zudem tue Wiesbaden nichts, um die Besoldung verfassungsgerecht zu

gestalten. Auch komme die Landesregierung nicht ihrer Fürsorgepflicht nach und erhebe noch nicht einmal die Belastungen der Beschäftigten, von beheben ganz zu schweigen. Stattdessen soll an den Landesbediensteten gespart werden. Jeden koste dieses Sonderopfer viel Geld. „Während von uns erwartet wird, dass wir uns an jede Vorgabe halten, verschiebt die Landesregierung ihre gesetzlich fixierte Besoldungserhöhung einfach um vier Monate. Ich möchte mal sehen, wie sie reagieren, wenn wir den Start des Schuljahrs oder die Korrekturen der Abschlussarbeiten einfach um vier Monate nach hinten verschieben würden“, so Ackermann. Der GEW-Landesvorsitzende merkte überdies an, dass der Zeitpunkt der Verschiebung besonders fatal sei: „Im August beginnt das neue

Schuljahr. Das ist der Moment, in dem vor allem neues Personal eingestellt wird. Hessen ist das einzige Bundesland, das die Besoldung absenkt, aber es ist nicht das einzige Bundesland mit Lehrkräftemangel. Das ist das Gegenteil von Wertschätzung. Das ist das Gegenteil davon, was wir unter einem guten Arbeitgeber verstehen.“

Geld, um alles zu finanzieren, sei da. Doch während die Vermögen für die reichsten zehn Prozent aufgrund einer völlig unzureichenden Besteuerung weiter anwachsen würden, steige zeitgleich die Armut und die öffentliche Hand blute aus. „Wir brauchen endlich eine angemessene Besteuerung der Superreichen. Selbst eine sehr moderate Besteuerung großer Vermögen brächte in Hessen Mehreinnahmen in Höhe von fast 3 Milliarden Euro. Herr Rhein, Herr Schwarz, Herr Lorz, Herr Poseck: Wenn Sie wirklich bei sich sparen wollen, bitte. Aber nicht bei uns! Setzen Sie sich endlich für ein gerechtes Steuersystem und ein Ende der Schuldenbremse ein“, forderte Hartmann.

Wenn starke Schultern nicht mehr ihren Teil der Lasten tragen und Regierungen sich nicht mehr an rechtliche Vorgaben und Vereinbarungen halten, dann sei dies für die Demokratie schlecht. Die Auswirkungen seien gegenwärtig allzu gut zu erkennen. Hartmann rief dazu auf, für den Erhalt, den Ausbau und die gerechte Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu kämpfen, ebenso für gute Arbeitsbedingungen als Basis für gute Bildungsbedingungen: „Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass nicht wir das Sonderopfer für leere Kassen tragen müssen, die wir nicht zu verantworten haben.“

Holger Giebel

Resolution: Das Warten auf Antworten

164 Personalräte von allen 117 Schulen im Schulamtsbezirk Bergstraße/Odenwald haben eine Resolution verabschiedet, für die es einmal mehr von den politisch Verantwortlichen keine Antwort, noch nicht mal eine Eingangsbestätigung gab. Eine Ignoranz, die nur eines verursacht: großen Vertrauensverlust.

Seite 2

Schul(verun)reinigung: Seid ihr noch ganz sauber?

Während sich der Kreis Bergstraße dafür feiert, nun mit dem Einsatz von Putzrobotern in Schulen den ganz großen Clou gelandet zu haben, verstehen die KollegInnen in den Schulen die Welt nicht mehr. Vielleicht wäre es gut, zuvorderst die Gegebenheiten in den Schulen zu betrachten, anstatt sich medial feiern zu lassen.

Seite 4

Erinnerung: Gedenken allein reicht nicht

In seiner Rede zum Holocaust-Gedenktag wies GEW-Kreisvorsitzender Holger Giebel darauf hin, dass das Gedenken mit Handeln einhergehen muss. Dazu gehört auch, dass etwa die Politik die Sorgen und Nöte von Menschen ernstnimmt, entsprechend handelt und sich nicht in Schönrederei flüchtet, wie schon geschehen.

Seite 7

Ausgebrannt: Schulleitungen vorm Burnout

Eine Studie im Auftrag der GEW Hessen zeigt deutlich, dass die Schulleitungen an hessischen Schulen hochgradig belastet sind. Burnout-Symptome kommen signifikant häufiger vor als in anderen Berufen des öffentlichen Dienstes. Entlastung und zusätzliches Verwaltungspersonal ist dringend erforderlich.

Seite 8

Kultusminister verschweigt das Wesentliche

Nacharbeit ist erforderlich



Bild: Holger Giebel

Vorbemerkung: Von welcher Demokratie reden wir eigentlich?

Seit 25 Jahren organisiert der Gesamtpersonalrat für den Schulamtsbezirk Bergstraße und Odenwald einmal jährlich das Treffen der Personalräte aller Schulen – mittlerweile sind dies 117 Schulen mit rund 5000 Lehrkräften. Seit 25 Jahren tauschen sich hier die Profis im Bildungsbereich aus, seit 25 Jahren wenden sie sich dabei auch immer mit Resolutionen an die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, um von der Basis aus auf die Nöte der Schulen aufmerksam zu machen. Nöte, die sich in den vergangenen Jahren auf dramatische Art weiter zu einer echten Notlage entwickelt haben, untermauert auch durch tausende Überlastungsanzeigen, Offene Briefe, Hilferufe etc.

Im selben Zuge jedoch, in dem die Warnungen aus den Schulen immer lauter wurden, scheint die Bereitschaft der Politik, diese ernst zu nehmen und sich damit lösungsorientiert auseinanderzusetzen, stark abzunehmen. Wie anders lässt es sich erklären, dass von allen angeschriebenen im Landtag vertretenen Parteien in den Jahren 2021 und 2022 gerade mal eine einzige, im vergangenen Jahr dann gar keine mehr für ein Antwortschreiben sich nicht zu schade war. Von der Landesregierung, dem Ministerpräsidenten wie auch dem

Kultusminister ganz zu schweigen: Von diesen ist man schon seit Jahren keinerlei Antwort mehr gewürdigt worden.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass in Zeiten, in denen vor allem von regierenden (!) Politikerinnen und Politikern vor der Gefährdung der Demokratie gewarnt wird, grundsätzliche demokratische Prinzipien wie der offene Umgang mit Kritik, Austausch und Gesprächsangebote, die offene Debatte eben, nicht mehr eingehalten werden. Wenn der Souverän seine belegbar berechtigten Sorgen in angemessener Weise an seine gewählten Vertreterinnen und Vertreter heranträgt und diese sich nicht mal mehr bemühen, in floskelhaften Antwortschreiben eine Auseinandersetzung mit diesen zu simulieren, brauchen sich letztere über die zunehmende Politik(er) verdrossenheit nicht zu echauffieren.

Dies gesagt würden wir uns wünschen, dass die unten genannten Adressaten sich ernsthaft mit dieser Resolution auseinandersetzen und auch eine Antwort geben. Wir werden alle Kolleginnen und Kollegen im Schulamtsbezirk über den Rücklauf informieren.

Resolution des Treffens aller Personalräte des Schulamtsbezirks Bergstraße/Odenwald

Wenn Kultusminister Armin Schwarz stolz verkündet, in Hessen würde „bestmögliche Bildung“ durch „so viele Lehrkräfte wie noch nie“ sichergestellt, verschweigt er – wissentlich? – das Wesentliche:

- Die Schülerzahl ist ungleich stärker angestiegen
- Immer mehr Lehrkräfte sind gar nicht mehr angemessen ausgebildet und qualifiziert
- Immer mehr Lehrkräfte befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen
- Die Herausforderungen durch Themenbereiche wie Inklusion, Zuwanderung und Integration, Digitalisierung etc. nehmen, wie auch die Bürokratisierung, stetig zu statt ab
- Die Arbeitsbelastung steigt, die Krankenstände eilen von Höchststand zu Höchststand, Kolleginnen und Kollegen

verlassen den gewählten Beruf oder gehen auf eigene Kosten früh in den Ruhestand

- Weniger als die Hälfte der Lehramtsstudierenden erwirbt das erste Staatsexamen und von denen, die „durchgehalten“ haben, beenden sehr viele nicht das Referendariat und wählen doch lieber einen anderen Beruf

Wir können unter diesen Bedingungen nicht länger gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche unabhängig von deren sozialer Herkunft gute Bildung erhalten. Die Ergebnisse der jüngsten Bildungsvergleichsstudien untermauern dies: Die Leistungen im Lesen, Schreiben und Rechnen nehmen stetig ab; zunehmend bestimmt das Elterneinkommen den Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler. Diese Entwicklung gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Eine wichtige Rolle für die Qualität der Bildung spielt auch der Zustand der Schulgebäude und die sachliche Ausstattung der Schulen. Marode Schulgebäude, schlecht ausgebaute Schulhöfe und zu wenig Platz in den Klassenzimmern sind traurige Realität in Hessen. Wir fordern die Landesregierung auf, den Schulträgern mit ausreichenden Mitteln unter die Arme zu greifen.

Wir fordern:

- Eine ehrliche Bestandsaufnahme der benötigten Vollzeitstellen von in Bildung Beschäftigten.
- Eine Senkung der Pflichtstunden um mindestens eineinhalb Pflichtstunden für alle Lehrämter.
- Eine deutliche, schrittweise Absenkung der Klassenobergrenzen.
- Eine Anrechnung von Klassen- und Kursleitungen auf die zu haltenden Pflichtstunden.
- Eine deutliche Erhöhung aller Deputate, insbesondere des Schuldeputats für alle Schulformen.
- Ein Umsteuern: Schulen müssen von Aufgaben entlastet werden, anstatt immer mehr aufgepackt zu bekommen.
- Und wenn doch wieder neue Aufgaben von den Schulen übernommen werden sollen, muss es hierfür entsprechende Entlastungen geben.
- Mehr Entlastung für die Mentoren zur

Stärkung der Ausbildung neuer Kolleginnen und Kollegen: eine „Rucksackstunde“ reicht bei weitem nicht.

- Den verstärkten Einsatz multiprofessioneller Teams. Hierzu bedarf es ausreichender Zeit für die Koordination, insbesondere in den Bereichen Schulgesundheit, Verwaltung und IT-Unterstützung.

• Eine Erhöhung der Freistellung aller Personalräte: Eine Entlastungsstunde für Örtliche Personalräte seit bald 40 Jahren bildet die Wirklichkeit des personalrätlichen Arbeitsaufwands in keiner Weise mehr ab!

• Eine Erleichterung des Wechsels von und in andere Bundesländer und die volle Anerkennung der jeweiligen Abschlüsse. Es kann nicht sein, dass eine Hauptschulkraft aus Ba-Wü in Hessen „nur“ in der Grundschule eingesetzt wird.

• Eine schonungslose Erhebung und Offenlegung des Investitionsbedarfs im Schulbereich auf der Ebene der Schulträger, daran anschließend einen verbindlichen „Fahrplan“, der den bestehenden massiven Investitionsstau in zehn Jahren abbaut.

- Eine verfassungskonforme Besoldung, insofern auch die sofortige Rücknahme der Verschiebung der Besoldungserhöhung um ein halbes Jahr in 2025

Die Resolution wurde beim Personalrätetreffen in der Reichenberghalle in Reichelsheim einstimmig verabschiedet von 164 Personalräten aus allen 117 Schulen im Schulamtsbezirk Bergstraße/Odenwald.

Eine kleine abschließende Bemerkung: Trotz der deutlichen Kritik an den politischen Akteuren in der Vorbemerkung der Resolution gab es auch diesmal keine Antwort – weder von den politischen Parteien noch von Kultusministerium oder Staatskanzlei. Wer so mit dem Votum von 164 Personen umgeht, die nebenbei über 4000 Beschäftigte im Schuldienst vertreten, der treibt die Erosion des Vertrauens in die politischen Institutionen massiv voran. So etwas ist schlichtweg verantwortungslos.

Der Kreis Bergstraße präsentierte zur Regionalkonferenz Bergstraße seine neuesten Kalkulationen für den sogenannten Schulentwicklungsplan (SEP) 2025-2030). Die Quintessenz war, dass sowohl in den Grundschulen als auch in den weiterführenden Schulen (v.a. im Gymnasium) massiv steigende Schülerzahlen bis 2032 zu erwarten sind, die benötigten Schulbauten aller Schulformen allerdings beim bisherigen Stand bleiben werden. Die Lösungsansätze des Kreises werden vom Gesamtpersonalrat Schule (GPRS) kritisiert.

Bei den Grundschulen zeigt sich, dass im Bereich nördlicher und südlicher Bergstraße die Grundschulen aufgrund einiger Neubaugebiete maximal ausgelastet sind. Es werden Veränderungen im Bereich der Einzugsgebiete (Überschneidungsgebiete), Ausbau von Schulen zur Vier- oder Fünfüzigkeit, neue Modulbauten (=Container) und das Auffüllen aller Klassen bis zur maximalen Klassenstärke nötig, um den Schülerzahlen ansatzweise gerecht werden zu können. Bzgl. der steigenden Schülerzahlen im Bereich Haupt- und Realschule werden sogenannte „Lenkungen“ als ein weiterer Lösungsansatz angesehen; das bedeutet, dass z.B. Grundschüler aus Elmshausen nach der 4. Klasse statt an die Mittelpunktschule in Gadernheim an die Schillerschule Auerbach wechseln sollen. Im Förderbereich soll durch den Neubau einer weiteren Schule mit Schwerpunkt „geistige Entwicklung“ dem Anstieg der Zahlen gerecht werden.

Im gymnasialen Bereich erwartet der Kreis ca. 1000 neue Schülerinnen und Schüler bis 2032. Da allerdings die meisten Gymnasien bereits in der Vergangenheit ausgebaut wurden und jetzt schon über der baulichen Kapazitätsgrenze liegen, muss für die nächsten Jahre eine Interimslösung geschaffen werden, die laut Kreis unter anderem so aussehen kann, dass einzelne Zusatzklassen an verschiedenen Standorten eingerichtet werden sollen, bei denen die Lehrerschaft ratlos ist, wie das schulorganisatorisch umgesetzt werden soll. Es wurde außerdem klar, dass der Schulträger nicht alle räumlichen Situationen in den Schulen vor Ort ausreichend kennt und somit teilweise bestimmte Problemstellungen wie Schülerzahl pro Quadratmeter in den Räumen (Arbeits- und Sicherheitschutz) nicht wirklich mitbedacht wurden. Unangenehm fiel dem GPRS zudem auf, dass die Beruflichen Schulen offenbar überhaupt nicht im Fokus stehen, zumindest fanden diese auf der Konferenz keine Erwähnung. Durch die geäußerten Kritikpunkte ergibt sich als Fazit, dass der letzte SEP schon bei den Schülerzahlen teilweise sehr stark abwich und damit die räumlichen Kapazitäten (es mangelt auch an Turnhallen, Mensen und Schwimmhallen) zu knapp kalkuliert worden sind. Dies scheint sich mit dem neuen SEP zu wiederholen. Daher rät der GPRS dringend an, den SEP zu überarbeiten. Hierbei muss deutlich großzügiger bei der Schülerzahlentwicklung geplant, die Bedürfnisse der Kinder und auch die Räumlichkeiten vor Ort entsprechend begutachtet und mitbedacht werden. Nur dann ist ein heterogenes bedürfnisgerechtes Arbeiten und der Ganztags für alle beteiligten Personen langfristig möglich. **Elke Fischer/Janika Sonntag**

Gesamtpersonalrat (GPRS)

Vorsitzender:

Tony C. Schwarz
Weierhausstraße 8c
64646 Heppenheim

Tel.: 06252/9964-207

Fax: 06252/9964-150

E-Mail:

tony.schwarz@kultus.hessen.de

Sprechzeiten:

Montag und Donnerstag
von 14 bis 16 Uhr
und nach Vereinbarung

Seid ihr noch ganz sauber?

Die hygienischen Bedingungen an hessischen Schulen sind schon immer ein Thema bei Schülern, Lehrern und Eltern. Bei Elterngesprächen sitzen die Eltern schniefend und hustend da. Die Kinder laufen mit Dauerrotz Nasen rum, weil ständig Staub in der Luft ist. Die Lehrer haben sich daran gewöhnt, regelmäßig zumindest oberflächlich, die Flächen zu reinigen, weil sie manchmal vor lauter Staub ihr eigens Inventar kaum finden können.

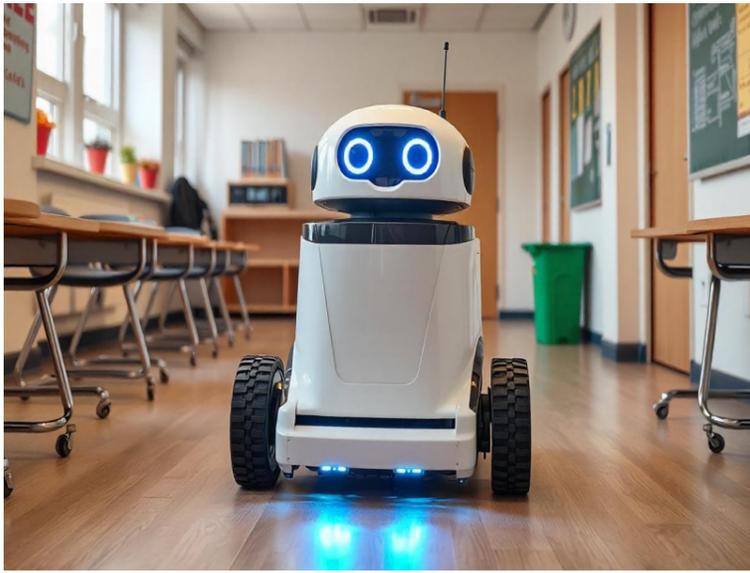
Das Thema Sauberkeit wird immer wieder auch mit den Putzkolonnen besprochen, man versucht eine Optimierung zu erreichen. Im schlimmsten Fall heißt dies, dass die Putzfrau oder auch der Putzmann noch weniger Zeit hat, den Klassenraum zu reinigen. Seid ihr noch ganz sauber? Optimierung war anders gemeint! Und sind wir mal ehrlich, bei einem Klassenraum von knapp 40 Quadratmetern und einer durchschnittlichen Klassengröße an Grundschulen von 22 Kindern, ist der Raum gut gefüllt. Denn Tische, Stühle und Mobiliar finden auch noch Platz in den beengten Räumen. Ein Durchkommen für eine Putzfrau gleicht eher einem Hindernislauf und der tägliche Dreck, bei einer größeren Menschenansammlung, ist kaum zu bewältigen.

Wie gut, dass es jetzt Putzroboter gibt. Diese wurden bereits als Pilotprojekt an weiterführenden Schulen ausprobiert. Wahrscheinlich sammeln diese gekülltes Papier auf, können klebrige Rückstände von Böden, Fensterbänken und Tischen entfernen und im besten Fall wird durch einen Mechanismus eine Klappe betätigt und das heraustretende Katzenstreu bindet unangenehme Körperflüssigkeiten, die der Schüler X aufgrund einer Magen-Darm-Erkrankung von sich gegeben hat. Zudem gehe ich davon aus, dass der Roboter mühelos den Hindernisparcours in den kleinen Klassenräumen überwindet und somit jede schmutzige Stelle tadellos entfernt.

Doch wahrscheinlich ist allen längst klar, dass ein solcher Roboter hauptsächlich seinen Einsatz in quadratischen, nicht vollbelegten Räumen fristet und die Klassenräume weiterhin der Hausstaubmilbe und anderem Getier zum Opfer fallen.

Zumindest hofft ein jeder Lehrer und eine jede Lehrerin, dass zumindest der Großputz in den Sommerferien Abhilfe schafft. Das Traumbild eines jeden Pädagogen ist es, nach den Ferien einen (fast) staubfreien und sauberen Klassenraum vorzufinden. So und nun meine Frage: Bist du noch ganz sauber?

Weit gefehlt! Nach den Ferien kommt schnell die Ernüchterung. Die Staubschicht in Regalen und Fensterbänken, die Wollmäuse in den Ecken und hinter den Schränken sind eher noch gewachsen. Die Putzfirma wird wieder in die Schule



Der putzige Putzroboter: Der Kreis Bergstraße präsentiert ihn als die ultimative Lösung für verdreckte Schulen. Ob er auch den Kaugummi unterm Tisch abkratzt?

gebeten. Sie muss nachbessern. Im besten Fall passiert dies auch, bedeutet allerdings, dass die Lehrer und Lehrerinnen noch Sonntag, vor dem ersten Schultag nach den Sommerferien, ihren Klassenraum einräumen und alles wieder einigermaßen herrichten.

Ich sage bestenfalls. Denn die Realität kann auch anders aussehen, so geschehen an hessischen Schulen. Statt nachzubessern sind persönliche Gegenstände der Kollegen und Kolleginnen verschwunden. Musikboxen, Lampen oder auch das heißgeliebte Klassentier (Kuscheltier – kein echtes) der Kinder sind unauffindbar, tauchen eventuell auf hohen Schränken, hinter Heizkörpern oder im Mülleimern wieder auf. Da frage ich mich doch: Sind die noch ganz sauber? Tatsächlich kommt es auch immer wieder zu Beschädigungen des Mobiliars. Das Eckenfurnier der Schülertische ist abgeplatzt, Sitzkreisbänke sind verkratzt und zerstört, Hocker und Stühle beschädigt und Regale haben den Reinigungsmarathon nur teilweise überlebt und gleichen nun eher dem schiefen Turm von Pisa. Der Frust ist groß, wird doch so ein Grundschulklasse Raum stets liebevoll, gemütlich, praktisch und individuell eingerichtet, um den Kindern auch auf wenigem Raum eine angenehme Lernatmosphäre zu gewährleisten. Es wird privates Geld investiert für wichtige Materialien, Mobiliar und flexiblen Sitzmöglichkeiten.

Da zwar Flexible Seating, individuelles Lernen und differenzierte Arbeitsmethoden gewünscht sind, aber all zu oft die Gelder nicht zur Verfügung stehen, greift der Pädagoge/die Pädagogin gerne in die eigene Tasche. Aber für was für einen Preis? Und da sind wir auch schon beim nächsten Thema – Mobiliar. Der Kreis beginnt nun die hessischen Schulen abzuklappen. Inspiziert die Klassenräume, um mögliche Gefahrenstellen und nicht eingehaltene Brandschutzverordnung auszuschießen, stellt fest, dass die Pädagogen und Pädagoginnen viel Mobiliar haben, dass nicht nur aus dem

Budget des Kreises stammen, sondern eher in einem schwedischen Möbelhaus erstanden wurden. Somit ist der Kreis „not amused“ und bittet darum umgehend das ganze nichtschulische Mobiliar zu entfernen. Es entspricht nicht der Brandschutzbestimmung. Sind die noch ganz sauber?

Der Brandschutz mag die eine Säule sein, auf die sich gestützt wird. Unterschwellig vermutet man aber noch einen weiteren Gedanken, nämlich dass es nicht nur um den Brandbeschleuniger aus dem schwedischen Möbelhaus geht, sondern auch darum, dass man dann auch mehr Kinder in so einen kleinen Klassenraum stopfen kann. Sei es, dass Platz ist um die Klasse weiter aufzufüllen oder die Kinder aus Intensivklassen (IK-Klassen) zu integrieren.

Was für eine Win-Win-Situation. Es werden mehr Schüler untergebracht. Herr Schwarz hat recht, wir werden allen hessischen Schülern einen angemessenen Bildungsplatz einräumen können und die Versorgung der Schüler ist gewährleistet, weil man viel weniger Lehrer braucht. Zudem spart man sich die Heizkosten, denn es wird bei einer größeren Schülerzahlen wirklich kuschelig in den Klassenräumen.

Auf Nachfrage des Kollegiums, ob es Ersatzmobiliar gibt, hieß es, dass eine Bestellung circa 1,5 Jahre dauert. Wunderbar, dafür haben wir zukünftig sowieso keinen Platz mehr. Materialien, Arbeitshefte, Kunstsaachen und Freiarbeitsmaterialien lagern wir einfach auf dem Boden und auf den Fensterbänken. Der Staub verschwindet somit von allein. Die Fenster lassen sich nicht mehr öffnen. Also sparen wir Heizkosten und sollte es brennen, hüpfen wir einfach über die auf dem Boden liegenden Bücher und rennen zum Notausgang. Ich finde, dann wird auch der sportlichen Komponente Abhilfe geleistet. Unser Lernort gleicht einem Ninja-Warrior-Parcours. Und so langsam glaube ich. Wir sind nicht mehr ganz sauber! Warum lassen wir uns das alles gefallen?
Karen Forwick

Jugendoffiziere sind keine Experten für politische Bildung!

Ende 2024 ließ Kultusminister Armin Schwarz in einer Pressemitteilung verlauten, dass Bundeswehr und Kultusministerium zukünftig enger zusammenarbeiten wollen. Dies ist nichts Neues, jetzt aber soll endlich mehr „Expertise“ für außen- und sicherheitspolitische Fragen über die Jungoffiziere in den Schulalltag gelangen.

Was ist das für eine Häme gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren in Fächern wie Politik oder Geschichte die „Politische Bildung“ hochhalten? Es scheint der Minister nicht der Meinung zu sein, dass voll ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen am besten diese schwierigen Themen aufbereiten sollten, sondern Beschäftigte des Militärs dafür besser geeignet seien. Übrigens sind das dieselben Personen, die auf Messen oder Berufstagen lautstark Werbung für den Dienst an der Waffe machen. Dieser einseitig privilegierten Öffnung von Schule für den Akteur Bundeswehr ist entschieden zu widersprechen.

Was bedeutet das letztlich in der Praxis? Die Bundeswehr entsendet also junge Offiziere, die als ‚neutrale‘ Experten im Unterricht auftreten sollen. Wieviel „Neutralität“ von einer uniformierten Person zu erwarten ist, die einen digital gestützten Vortrag hält, währenddessen die ganze Zeit das Logo der Bundeswehr omnipräsent im Klassenzimmer zu sehen ist, kann sich jeder selbst ausmalen.

Damit verstößt der Minister aus Sicht der Kritiker gegen den Beutelsbacher Konsens. Wo ist die Kontroversität in dieser Kooperation? Wo sind die Vereine und Organisationen, die das Ministerium ebenfalls unterstützen müsste, um einen kritischen Blick auf die außen- und sicherheitspolitischen Betrachtungen der Bundeswehr zu legen? Was ist mit dem Überwältigungsverbot? Wer verhindert die einseitige Einflussnahme durch die Beschäftigten des Militärs auf unsere Schülerschaft, wenn wir uniformierten Soldatinnen und Soldaten den Klassenraum öffnen?

Am Ende steht da auch die Missachtung des besonderen Schutzes von Kindern und Jugendlichen. Nicht umsonst verbietet die UN-Kinderrechtskonvention die Anwerbung und Beschäftigung von Minderjährigen im Militärdienst.

Daher sollten sich Schulen mit der Frage auseinandersetzen, ob oder in welcher Form sie die Akteure der Bundeswehr in ihre Mitte hineinwirken lassen wollen. Sowohl die Schüler-, aber auch die Lehrer- und Elternschaft haben ein Recht darauf zu erfahren, wie sich eine Schule zur Bundeswehr verhält. Sogar von den politischen Akteuren wird immer wieder betont, dass die Bundeswehr eben kein

Arbeitgeber wie jeder andere und dass das Soldatsein auch kein vergleichbar „klassischer Beruf“ sei. Diesen Besonderheiten muss eine Schule Rechnung tragen und es beispielsweise auch ermöglichen, dass man sich solch einer Einflussnahme durch das Militär entziehen kann. Das wäre möglich z.B. durch ein Gebot der freiwilligen Teilnahme an Veranstaltungen, an denen die Bundeswehr mitwirkt. Das fordern vor allem Kinderrechtsorganisationen oder Vereine wie „Terre des hommes“ und Gewerkschaften schon lange.

Letztlich gilt: Unsere Schülerinnen und Schüler haben selbstverständlich ein Recht auf eine kritische Auseinandersetzung und kontroverse Sichtweise auch im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik. Das gilt aber mindestens im selben Umfang auch in Bezug auf das Militär. Die Bedeutung, Rolle, Geschich-



BERTHA-VON-SUTTNER

Friedenspreis für die Jugend 2025

„Die Waffen nieder!“ – Was sagt ihr dazu?

te, Funktion, Zielsetzung der Bundeswehr gilt es in den Blick zu nehmen. Aber auch die negativen Folgen des Soldatenlebens wie Traumatisierung und das Sterben im Dienst gehören in den Diskurs. Am besten können das die gut ausgebildeten Fachlehrerinnen und -lehrer. Leider wird gerade das Fach Politik und Wirtschaft am häufigsten fachfremd unterrichtet, was der Qualität des Unterrichts sicherlich nicht immer zuträglich ist. Hier gibt es einen dringenden Handlungsbedarf. Das scheint dem Minister aber nicht so wichtig zu sein. GEW hält dagegen – Friedenserziehung statt Militarisation: Um der Friedensarbeit an Schulen mehr Raum zu geben, hat die GEW gemeinsam mit kirchlichen Organisationen sowie Gruppen der Friedensbewegung den „Bertha-von-Suttner Friedenspreis für die Jugend“ ausgerufen. Dieser Preis soll im Juni zum vierten Mal verliehen werden und richtet sich an alle hessischen Schülerinnen und Schüler aus allen Jahrgangsstufen und Schulformen. Besonders erfreut sind die Organisatoren dem Wortlaut des Aufrufs nach über Gruppenprojekte. Die Themenpalette ist vielfältig, der Kreativität soll freier Raum gelassen werden und Beiträge aller Schulfächer, als AG, von Projektgruppen oder auch ohne konkrete Anbindung an den Unterricht sind möglich. Die Form ist frei wählbar. Es können z.B. Videos, Kunstwerke, Unterrichtseinheiten, Projekte, Songs, Texte u.v.m. sein. Unter dem Motto „Die Waffen nieder!“ hoffen die Organisatoren auf zahlreiche Beiträge. Mehr zum Wettbewerb findet ihr online auf den Seiten der GEW Hessen und bei uns. Kontakt: tony.schwarz@gew-bergstrasse.de Einsendeschluss ist der 19. Mai 2025.
Friedemann Sonntag



Kein Experte für politische Bildung trotz schicker Uniform: Auf Vorträge von Jugendoffizieren sollte man in den Schulen lieber verzichten.

„Die Schuldenbremse in dieser Form muss weg“

„Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.“ Mit dem Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den Feierlichkeiten des Tages der Arbeit machte auch der Bergsträßer Kreisverband bei der Kundgebung auf dem Heppheimer Bahnhofsvorplatz den rund 100 Teilnehmern deutlich, was aus Sicht des gewerkschaftlichen Dachverbands notwendig ist, um die Arbeitswelt gerechter zu gestalten.

„All das ist letztlich eine Anerkennung für die Mühe, für die geleistete Arbeit. Leider werden aktuell viel zu oft die Starken bevorzugt und die Schwachen vergessen“, sagte Nils Burkhoff, Vorsitzender des DGB-Ortsverbands Viernheim, in seiner Begrüßung zu Beginn der Kundgebung. Er unterstrich die Bedeutung, sich für eine Stärkung der Tarifbindung einzusetzen. „Tarifverträge bieten auch Sicherheit und faire Bedingungen oberhalb des gesetzlichen Mindeststandards. Je mehr Menschen das einfordern, je lauter sie sind, umso größer wird der Druck auf Arbeitgeber und Politik“, rief Burkhoff dazu auf, sich bei den Gewerkschaften einzureihen.

Hilde Kille, die Vorsitzende der Bergsträßer DGB-Frauen, betonte ebenfalls die Bedeutung von Tarifverträgen. So verdienen Arbeitnehmer in Betrieben mit Tarifbindung im Durchschnitt zwölf Prozent mehr und erhielten mehr Urlaubstage als gesetzlich vorgeschrieben. Vor allem seien es Frauen, die in Branchen mit besonders vielen Betrieben ohne Tarifbindung tätig seien, etwa im Gastgewerbe oder im Kommunikationssektor. Das dürfe so nicht bleiben. „Arbeit hat ihre Würde, Arbeit hat ihren Preis“, machte die Gewerkschafterin deutlich.

Sven Wingerter, Vorsitzender des

DGB-Kreisverbands Bergstraße, hob in Bezug auf die Vorteile der Tarifbindung einen weiteren Aspekt hervor: „Arbeitgeber beklagen immer einen Fachkräftemangel, doch anstatt zu jammern, könnte man auch selbst aktiv werden, um dagegen anzugehen. Das geht am besten mit ordentlich geregelten Tarifverträgen.“ Trotz vieler offener Stellen fänden viele keinen Arbeitsplatz, weil sie beispielsweise für die Arbeitgeber zu alt seien. „Das ist ein Millionenpotenzial an Arbeitskräften, das nicht genutzt wird“, so Wingerter.

FDP greift in die Mottenkiste

Zudem konstatierte der DGB-Kreisvorsitzende eine „destruktive Stimmungsmache“ seitens der Arbeitgeber und einzelner Parteien, zuvorderst der FDP, die „Uraltforderungen aus der Mottenkiste“ hervorbrachte, um den Sozialstaat zu demontieren: „Wir brauchen nicht nur innere und äußere, sondern auch soziale Sicherheit und wir dürfen es nicht hinnehmen, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird.“

„Arbeitgeber beklagen immer einen Fachkräftemangel, doch anstatt zu jammern, könnte man auch selbst aktiv werden, um dagegen anzugehen. Das geht am besten mit ordentlich geregelten Tarifverträgen.“

SVEN WINGERTER,
VORSITZENDER DES DGB BERGSTRASSE

Überdies merkte Wingerter an, dass umfangreiche Zukunftsinvestitionen notwendig seien. Die Schuldenbremse erweise sich diesbezüglich aber als Zukunfts- und Investitionsbremse: „Die Schuldenbremse in dieser Form muss weg, ganz egal



Sven Wingerter, Vorsitzender des DGB Bergstraße, machte bei der Maikundgebung deutlich, dass sowohl innere, äußere und soziale Sicherheit notwendig sind und das eine nicht gegen das andere ausgespielt werden darf, wie es etwa die FDP versuche.

was Lindner und Konsorten sagen.“ Neben einer umfangreichen Reform der Schuldenbremse machte sich Horst Raupp, DGB-Sekretär für die Region Südhessen, in seiner Rede für ein gerechtes Steuersystem stark. „Dazu gehört die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer bei millionen- und milliarden schweren Erbschaften, eine Finanztransaktionssteuer sowie eine Übergewinnsteuer, die Kriegs- und Krisengewinne konsequent abschöpft“, machte Raupp deutlich.

Das beste Mittel gegen stark gestiegene Preise seien deutliche Lohnerhöhungen und eine Ausweitung der Tarifbindung, weshalb der DGB auch die Kampagne „Eintreten für die Tarifwende“ initiiert habe. Um

die Bedeutung der Tarifbindung zu unterstreichen, sei es notwendig, dass der Staat vorangehe. Die Bundesregierung habe dies erkannt und im Koalitionsvertrag zugesagt, ein Bundestarifreugesetz vorzulegen, das vorsieht, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden. Dies werde aber – ähnlich dem Lieferkettengesetz – aufgrund der Blockade durch die FDP bislang nicht umgesetzt. „Wir erwarten ein Tarifreugesetz ohne Hintertüren, das effektive Kontrollen und Sanktionen vorsieht. Das sage ich ausdrücklich mit Blick auf die FDP, denn das Hauptproblem der Ampel ist das gelbe Kabel“, sagte Raupp.

Eine Wahlempfehlung für die Europawahl gebe der DGB nicht, den-

noch appellierte der Gewerkschafter deutlich dahingehend, von einem Kreuz für die AfD Abstand zu nehmen. „Die AfD ist eine aggressiv marktradikale und zutiefst unsoziale Partei, die die Menschenrechte mit Füßen tritt. Wer sie wählt, wählt Arbeitnehmerrechte ab“, so Raupp. Ein Indiz dafür sei, dass die AfD im Bundestag etwa gegen eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Ausweitung der Tarifbindung und höhere gesetzliche Renten gestimmt habe. Ein soziales Europa könne niemals ein rechtes Europa sein. Der überall aufkeimende Nationalismus gefährde nicht zuletzt das europäische Friedensprojekt.

Für die musikalische Umrahmung der Kundgebung sorgte die Band „StirltUp“.

Holger Giebel

GEW-Weihnachtsspende Teil 1

Ein großer Schritt hin zur qualifizierten Ausbildung

Seit vielen Jahren spendet der GEW Kreisverband Bergstraße am Jahresende an Organisationen, die sich im Bildungsbereich engagieren. Wie schon in den vergangenen Jahren ging auch in 2024 ein Teil des Spendenbudgets des KV an die Nepal Youth Foundation Germany (NYF), einem gemeinnützigen Verein mit Sitz in Heidelberg.

Die NYF Germany unterstützt seit 2014 schwerpunktmäßig Bildungsprojekte in Nepal und zwar eine Drechsel- und Schreinerwerkstatt. Beide Werkstätten sind Teil der Olgapuri Vocational School, einem Berufsschulzentrum in Kathmandu. Hier werden junge Nepalesen in mehrmonatigen Ausbildungsgängen qualifiziert. Die NYF

sorgt für Maschinen, Werkzeuge, Know-How und für die Weiterqualifizierung der AusbilderInnen.

Während des zweiwöchigen Aufenthalts in Nepal Ende Oktober 2024, verbrachten zwei Vereinsmitglieder, beide Schreiner, einige Tage in der Ausbildungswerkstatt. Ein Teil der von deutschen Spenden finanzierten und in Indien gekauften Maschinen war gerade angeliefert worden. Jetzt galt es, die Lieferung zu kontrollieren und gemeinsam mit den nepalesischen Ausbildern genaue Abstimmungen vorzunehmen.

Aufbruch in eine neue Ära

Es war für die beiden Projektleiter ein sehr emotionaler Moment, nach monatelanger Planung und Vorbereitung die akribisch zusammengestellten Maschinen vor Ort begutachten zu können. Die Freude über den Aufbruch in eine neue Ära, die nun eine zeitgemäße, qualitäts-, umwelt- und sicherheitsbewusste Ausbildung und Produktion ermöglicht,

war bei allen Beteiligten deutlich zu spüren. Für Schulung, Produktionsaufbau und die Kooperation mit ortsansässigen Betrieben wird eine Gruppe erfahrener Handwerksmeister im März 2025 nach Olgapuri reisen, um die Umsetzungsphase ehrenamtlich zu unterstützen.

Der Verein Nepal Youth Foundation Germany bedankt sich für das finanziel-

le Engagement des KV und freut sich, wenn auch Sie sich für die Bildungsarbeit in Olgapuri interessieren und diese unterstützen möchten. Mehr Information finden Sie unter:

<http://www.nepalyouthfoundation.de>

Ute Ranalder

2. Vorsitzende NYF Germany



Bilder: NYF Germany



Herbsttreffen

GEW Odenwald fordert Priorität für Bildung

Der Kreisvorstand der GEW Odenwald lud seine Mitglieder mit Begleitung zu Stadtführungen in Michelstadt ein. Antje Vollmer führte durch die „Michelstädter Unterwelten“, Thomas Glintzer wusste vieles über die Fachwerkwelt Michelstadts zu erzählen. Beide Gäste-Führungen kamen bei den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sehr gut an. Im Anschluss tauschten sich die vielen GEW-Mitglieder im *Grünen Baum* aus.

Das GEW-Kreisvorsitzenden-Team, Sebastian Breth, Angelika Lerch und Julia Manlik, stellten zunächst die GEW-Mitglieder vor, die neben ihnen im Mai in den Gesamtpersonalrat am Schulamt in Heppenheim gewählt worden waren: Ralf Amann, Dorothea Daum und Sybille Waltherr. Alle zusammen bilden mit den weiteren GEW-Vorstandsmitgliedern Harald Klein, Mechthild Schneider, Hidir Kaya, Roger Nisch, Helene Gepp, Werner Ungrad und Reinhold Fertig den GEW-Kreisvorstand im Odenwaldkreis.

Kritik an „Werteunterricht“

Die jüngste Initiative des Kultusministers zur kurzfristigen Einführung des „Werteunterrichts“ für die Kin-

der und Jugendlichen in den Intensivklassen wird von der GEW sehr kritisch gesehen und aus inhaltlichen, pädagogischen und organisatorischen Gründen abgelehnt, so Sebastian Breth. Er führte aus, dass die Vermittlung von Werten, Regeln des sozialen Zusammenlebens und der respektvolle Umgang miteinander für alle Schülerinnen und Schüler wichtig und richtig seien und zum täglichen Brot der Lehrkräfte in den Schulen gehören. Kinder und Jugendliche ohne oder mit geringen Sprachkenntnissen herauszugreifen, werde von der GEW als diskriminierend und populistisch empfunden. Der Gesamtpersonalrat Schule für den Kreis Bergstraße und den Odenwaldkreis habe sich dazu in einem offenen Brief direkt an den Kultusminister gewandt und diesen scharf kritisiert.

Lehrkräftemangel ein Problem

Julia Manlik stellte heraus, dass die Probleme in den Schulen weitaus größer sind. Hessenweit mache sich der Lehrkräftemangel bemerkbar. Um die Unterrichtsversorgung abzudecken, würden zunehmend auch Menschen eingesetzt, die über keine oder nur geringe pädagogische Qualifikationen verfügen. Diese sind inzwischen vielerorts zwar unverzichtbar, können aber hinsichtlich der Gewährleistung von Unterrichtsqualität keine Antwort auf den Fachpersonalmangel sein. Dabei seien die Aufgaben und Herausforderungen stetig gewachsen und viele Lehrerinnen und Lehrer an der Belastungsgrenze, so die Gewerkschafterin. Laut einer Studie der Universität Göttingen, die im Raum Frankfurt durchgeführt wurde, liege



Der GEW-Kreisverband Odenwald lud seine Mitglieder beim Herbsttreffen erst zur Stadtführung nach Michelstadt ein und ließ im Anschluss den Tag gemütlich in einem Gasthaus ausklingen.

die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Lehrerschaft bei 48,5 Stunden, ergänzte Angelika Lerch. Das mache auf Dauer krank. Zum Schutz der Lehr- und Fachkräfte sei es nur folgerichtig, die Erfassung der Arbeitszeiten voranzutreiben, wie es die hessische GEW-Spitze entsprechend der gesetzlichen Vorgaben fordere.

Mehr Ressourcen sind nötig

Wichtiger sei der GEW aber nach wie

vor die Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen vor Ort. Kleine Klassen und qualifiziertes Personal seien nötiger denn je, um die Kinder und Jugendlichen zu befähigen an einer sozial gerechten und friedlichen Gesellschaft mitzuwirken, so Angelika Lerch. Bildung müsse in Deutschland Priorität haben und mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet sein, fordert eindringlich das Vorsitzenden-Trio.

Angelika Lerch

Fotoaktion auf dem Michelstädter Weihnachtsmarkt

Morgen, Kinder, wird's nichts geben!



Ein Weihnachtsgeschenk hatte die Landesregierung für die Beschäftigten im Schuldienst wahrlich nicht parat. Zum einen gab es die Ankündigung, die vorgesehene und gesetzlich festgelegte Besoldungserhöhung für Beamte wegen der angespannten Haushaltslage von August 2025 um vier Monate nach hinten zu verschieben. Zum anderen wurde allgemein angekündigt, dass in allen Haushaltsbereichen gespart werden müsse.

Dass in anderen Bereichen fernab des Bildungssektors in den Ländern und im Bund Steuergelder in Hül-

le und Fülle aufgewendet werden, thematisierten die Kreisverbände Bergstraße und Odenwald der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bei einer gemeinsamen Fotoaktion vor der Kulisse des Michelstädter Weihnachtsmarkts kritisch. Während etwa Militär, Dienstwagen oder Beraterfirmen mit üppigen Beträgen unterstützt werden, symbolisiert durch große Weihnachtspakete, hatte der Weihnachtsmann für die Schulen nur ein kleines Päckchen parat. „Morgen, Kinder, wird's nichts geben“ prangte in großen Lettern auf einem bei der

Aktion präsentierten Schild, was die getrübe Festtagsstimmung im Bildungsbereich deutlich machte.

„Es reicht nicht aus, ständig von der Bildung als der wichtigsten Ressource in einem ressourcenarmen Land zu schwadronieren. Stattdessen wird dort stets als allererstes die Streichliste begonnen. Es ist nichts weiter als eine Bankrotterklärung, wenn Regierungen genau da mit dem Sparen beginnen, was ihnen angeblich wichtiger ist als alles andere“, machten die Gewerkschafter in einer Erklärung deutlich.

Es sei rätselhaft, wo die Landesre-

gierung bei den angekündigten Einsparungen in der Bildung noch ansetzen will, da alles ohnehin schon komplett auf Kante genäht sei. Auch die mantramäßig vorgetragene Verlautbarung aus dem Kultusministerium, dass es in Hessen so viele Lehrkräfte gebe, wie noch nie zuvor, sei eine Farce. Vielmehr werde dabei nicht berücksichtigt, wie sehr die Schülerzahl in der Zwischenzeit angestiegen ist.

Außerdem müsse auch in Augenschein genommen werden, wer dabei als Lehrkraft gilt. „Immer mehr Menschen in den Schulen haben gar keine Qualifikation für den Lehrerberuf. Der akute Lehrkräftemangel macht es notwendig, dass zunehmend Menschen in die Klassenräume gelotst werden, die dafür nicht oder nur unzureichend ausgebildet sind“, heißt es in der GEW-Erklärung.

Sicher gebe es auch unter diesen Naturtalente, doch dies sei nicht der Regelfall. Zudem sei es ein Armutszeugnis, wenn es eine Landesregierung schafft, den Lehrerberuf über die Jahre so unattraktiv zu machen, dass junge Menschen, die über lange Zeit erfahren haben, wie die Realität bei Lehrkräften aussieht, keine große Lust verspüren, ein Lehramtsstudium zu ergreifen.

Holger Giebel

Schulungsangebot Umgang mit herausforderndem Verhalten



Aus vielen Gesprächen und Berichten wie auch aus eigenem Erleben wissen wir: Herausforderndes Verhalten von Schülerinnen und Schülern, aber auch überrobustes Auftreten von Eltern bringt in Bildung Beschäftigte regelmäßig an die Grenzen der eigenen Belastbarkeit. Leider nehmen solche Situationen zu und viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich, wie damit umzugehen sei, auch um sich selbst psychisch wie physisch schützen zu können, ohne dabei die engen rechtlichen und pädagogischen Grenzen zu überschreiten. Den GEW-Kreisverbänden Bergstraße und Odenwald sowie die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat ist es gelungen, den bundesweit bekannten Experten in diesen Dingen, Klaus Brkitsch, dafür zu gewinnen, allen Interessierten in einer intensiven Schulung am 20. März in der Reichenberghalle Reichelsheim wichtige Erkenntnisse und Handlungsmöglichkeiten näherzubringen.

Alle Informationen zu Anmeldung und Teilnahme gibt es im Internet unter gew-bergstrasse.de oder gew-odenwald.de.

Es muss nicht immer „Städel“ sein...

Es muss nicht immer „Städel“ sein. Mit diesen Worten lud die Seniorenvertreterin der GEW Bergstraße die Personengruppe der Seniorinnen und Senioren zu einem Museumsbesuch in Seeheim-Jugenheim ein.

Die ehemaligen aktiven Lehrkräfte und Mitglieder der GEW erfahren eine besondere Wertschätzung ihrer langjährigen Gewerkschaftszugehörigkeit, indem sie nicht nur an runden Geburtstagen eine Glückwunschkarte geschickt bekommen bzw. Ehrungen erfahren, sondern in regelmäßiger Folge zu gemeinsamen Treffen der Pensionärinnen und Pensionäre eingeladen werden. Als Dank, dass sie ihren gewerkschaftlichen Solidarbeitrag weiterhin in erster Linie für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen zahlen, soll ihnen durch dieses Angebot die Gelegenheit gegeben werden für den Austausch in vertrauter Runde bzw. für das Kennenlernen interessanter Ausflugsziele.

Gut bewährt haben sich dabei Treffen am Nachmittag und Abend, die sich in der näheren Umgebung abspielen. So hat es sich im vergangenen Jahr ergeben, dass alle Treffpunkte an der Bergstraße stattfanden.

Kleines, aber feines Museum

Ganz in der Nähe gibt es ein kleines, aber feines Museum, bei dem sich ein Besuch allemal lohnt. Es handelt sich um das Stangenberg-Merck-Museum in Seeheim-Jugenheim. Das 2010 eröffnete private Kunstmuseum an der Bergstraße wird von Besuchern oft als „Gesamtkunstwerk“ bezeichnet, da es sich in einer 1860 erbauten und 1904 vom Stararchitekten Metzendorf erweiterten Villa, dem „Haus auf der Höhe“ befindet.

Das Museum zeigt als Dauerausstellung das Werk der Malerin Heidi Stangenberg-Merck, die in diesem Haus aufgewachsen ist. Zu sehen sind auch Arbeiten ihrer Mutter Marietta Merck und ihres Mannes, eines professionellen Blockflötisten und Dichters. Die Besucher waren sehr angetan von den vielen großformatigen Bildern in einem architektonischen Juwel mit herrlichem Ausblick. Den Ausklang fand man in der „Villa Journal“, die noch manchem Kolle-



Auch im Ruhestand immer aktiv: Die GEW-Seniorengruppe startete im vergangenen Jahr einmal mehr etliche Unternehmungen. Ob nun beim Besucherbergwerk „Grube Anna-Elisabeth“ (Bild oben) oder bei der Stolpersteinführung in Seeheim-Jugenheim (Bild unten links), es fanden sich immer etliche Mitglieder, die großes Interesse daran zeigten, auch in der näheren Umgebung bislang Ungekanntes neu zu entdecken.

gen aus Zeiten von Fortbildungen auf Schloss Heiligenberg in Erinnerung war.

Angeregt durch das „Haus auf der Höhe“, fand das nächste Treffen zu einem geführten Rundgang durch das historische Metzendorf-Viertel in Bensheim statt. Anfang des 20. Jahrhunderts entstand am Fuße des Kirchbergs ein landschaftsprägendes Viertel, das von Heinrich Metzendorf und seinem Bruder Georg geplant wurde. Als „Baumeister der Bergstraße“ bauten sie insgesamt 130 Landhäuser und Villen in parkähnlichen Gärten vor allem in Bensheim. Aber auch in Heppenheim gibt es ein eigenes Metzendorf-Viertel. Nach der Führung traf man sich an einem warmen Frühsommerabend in gemütlicher Runde im Restaurant am Stadtpark am Fuße des Kirchberges.

Eine eindrucksvolle und sehr nachdenklich stimmende Führung fand im Juni als eine sog. Stolpersteinführung in Seeheim-Jugenheim statt. Dafür konnten wir Klaus Knoche, den ehemaligen Schulleiter an der MLS und am AKG gewinnen. Er engagiert sich „Wider das Vergessen“ und wurde in diesem Rah-

men für sein Engagement von der Gemeinde Seeheim-Jugenheim bereits mehrfach ausgezeichnet. Er hat sich mit den Lebensgeschichten der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus auseinandergesetzt, sie aufgeschrieben und sein Wissen in Audio-Dateien festgehalten.

Die Führung zu verschiedenen Stolpersteinen mit den lebendig erzählten Lebensgeschichten vor den ehemaligen Häusern der jüdischen Bewohner wirkte auf die Zuhörer wesentlich eindrücklicher als wenn man die Lebensschicksale nur nachlesen würde. Verbunden mit großem Dank an Klaus Knoche verabschiedeten wir uns nach einem Abendessen

beim Italiener.

Im früheren Silberbergwerk

Für viele Teilnehmer, die es noch nicht kannten, war das Besucherbergwerk „Grube Anna-Elisabeth“ in Schriesheim im Oktober ein weiteres „Highlight an der Bergstraße“. Das Bergwerk diente ab dem 15. Jahrhundert zur Gewinnung von Silbererz und später bis 1817 von Eisenvitriol. Die unter Denkmalschutz stehende, einmalige historische Anlage im süddeutschen Raum wurde als Besucherbergwerk 1988 für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Unter sachkundiger Führung erhielten die GEW-Kolleginnen und Kolle-

gen bei einem einstündigen Rundgang durch verschiedene Stollen einen äußerst interessanten Einblick in die Arbeitsweise der Bergleute.

Jahresabschluss mit Glühwein

Alle Jahre wieder ... trafen wir uns als Seniorengruppe auch dieses Jahr zum Glühweintreff der gesamten Mitgliederschaft der Bergsträßer GEW auf dem Weihnachtsmarkt in Bensheim zum gemütlichen Jahresausklang.

Schon jetzt freuen wir uns auf das erste Treffen im Frühling des kommenden Jahres im vertrauten Kreis der Ehemaligen.

Christine Hauck

Protest beim GEW-Glühweintreff

Landesregierung begeht Wortbruch

Schon das Motto, unter dem die GEW Bergstraße seine Mitglieder zum traditionellen „GEW-Glühweintreff“ auf den Bensheimer Weihnachtsmarkt einlud, macht deutlich, dass aus dessen Sicht einiges schief läuft in der Landespolitik: „Ein Heißgetränk gegen die kalte Schulter aus Wiesbaden!“

Die Bildungsgewerkschafter nutzten ihre Veranstaltung, um ihren Protest gegen das von der Landesregierung geplante Sonderopfer zum Ausdruck zu bringen, mit dem der angespannte Haushalt entlastet werden soll. Dabei soll eine für August 2025 gesetzlich vorgesehene Anhebung der Gehälter zunächst einmal bis Dezember verschoben werden. „Wie bereits gerichtlich bestätigt wurde, befindet sich die Besoldung der hessischen Beamten schon jetzt im verfassungswidrigen Bereich. Dass die Landesregierung Recht und Gesetz jedoch offenkundig einen feuchten Kehrriech interessiert, beweist sie nun einmal mehr damit, dass sie mit dieser Ankündigung einen klaren Wortbruch begeht“, sagt Holger Giebel, der gemeinsam mit Elke Fischer und Friedemann Sonntag das



Vorsitzendenteam der GEW Bergstraße bildet.

Bei der Tarifeinigung im März wurde vereinbart, das Tarifergebnis „zeitgleich und systemgerecht“ auf die Beamten zu übertragen. Dies wurde entsprechend in einem Gesetz festgeschrieben. „Das ist also geltendes Recht, das sich nicht einfach so wegwischen lässt. Es ist nicht akzeptabel, dass sich auf diese Weise Besoldung und Tarif weiter auseinanderentwickeln“, fügt Elke Fischer an. „Im Nachhinein vom Grundsatz Besoldung folgt Tarif abzuweichen, ist ein schwerer Vertrauensbruch. Die Auffassung der Landesregierung, es handle sich um einen äußerst moderaten und

geringstmöglichen Eingriff, weisen wir entschieden zurück“, meint Friedemann Sonntag. Dass Ministerpräsident Boris Rhein ankündigte, auf diese Weise „nicht bei unseren Bürgern und der Zukunft dieses Landes, sondern bei uns selbst“ sparen zu wollen, finden die Gewerkschafter besonders pikant. „Wen meint er mit uns selbst? Eine Kürzung der Bezüge des Kabinetts ist nicht gemeint. Stattdessen sollen Landesbedienstete als Sparschwein erhalten. Übrigens: Auch Menschen mit Beamtenstatus sind immer noch Bürger, und an denen möchte Herr Rhein nach seiner Aussage doch gar nicht sparen“, so das Vorsitzendenteam unisono.



„Nie wieder“ darf nicht zur Floskel werden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren, wir gedenken heute der Opfer des Nationalsozialismus. Es ist ein Tag des Erinnerns, ein Tag der Mahnung und ein Tag, der uns verpflichtet. Doch es ist ebenso ein Tag, an dem wir innehalten und uns fragen müssen, wie die Lehren aus der Vergangenheit unser Handeln in der Gegenwart und Zukunft prägen. Am 27. Januar 1945, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, wurde die Welt mit einer unvorstellbaren Wahrheit konfrontiert: dem systematischen Mord an Millionen unschuldiger Menschen. Auschwitz steht für den tiefsten Abgrund der Menschheitsgeschichte. Doch dieser Abgrund war nicht das Ergebnis eines plötzlichen Ereignisses, sondern die Folge eines schleichenden Prozesses, in dem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit erodierten. Deshalb gedenken wir heute nicht nur der Opfer, sondern wir richten den Blick auch auf die Verantwortung, die uns als Gesellschaft auferlegt ist. Denn der Boden, auf dem die Gräueltaten des Nationalsozialismus wuchsen, war nicht allein die Ideologie einer kleinen Gruppe von Fanatikern. Es war ein Boden, der durch Gleichgültigkeit, Angst und Mittäufertum gedüngt wurde. Wenn wir heute über die Vergangenheit sprechen, müssen wir auch die Gegenwart und Zukunft in den Blick nehmen. Die Gefahren für die Demokratie sind nicht vergangen. Sie haben neue Formen angenommen: Hetze in den sozialen Medien, gezielte Desinformation, dazu kommt die wachsende Polarisierung der Gesellschaft und die Erosion des Vertrauens in demokratische Institutionen. Wir sehen, wie autoritäre Bewegungen weltweit erstarken. Sie bedie-



GEW-Kreisvorsitzender Holger Giebel zeigte in seiner Rede am Bensheimer „Stolperstein“ nicht nur die Notwendigkeit des Gedenkens auf, sondern mahnte auch die Politik, die Sorgen der Menschen ernstzunehmen. Dies sei in einer Demokratie unerlässlich.

nen sich moderner Mittel, doch ihr Ziel bleibt dasselbe: die Spaltung der Gesellschaft, die Verbreitung von Angst und das Schüren von Hass. Demokratiefeinde agieren oft geschickt, indem sie berechnete Sorgen der Menschen aufgreifen und sie für ihre Zwecke instrumentalisieren. Sie stellen die demokratischen Werte infrage, oft unter dem Deckmantel von Meinungsfreiheit und Pluralismus, während sie zugleich Andersdenkende mundtot machen und die Grundlagen des Zusammenlebens untergraben. Auch in unserem Land erleben wir, wie Hetze und Populismus Raum gewinnen. Die gezielte Verbreitung von Falschinformationen und Verschwörungstheorien schafft ein Klima des Misstrauens und der Verunsicherung. Demokratiefeinde sind nicht immer laut und auffällig – oft agieren sie im Verborgenen, subtil, aber effektiv. Sie versuchen, den Glauben an den Rechtsstaat zu erschüttern,

Zweifel an den Medien zu säen und die Gesellschaft zu spalten. Was können wir tun? Die Antwort liegt in uns allen. Demokratie lebt von Beteiligung. Sie lebt davon, dass Menschen ihre Stimme erheben – gegen Unrecht, gegen Diskriminierung, gegen die Gleichgültigkeit. Es reicht nicht aus, auf die Politik zu zeigen. Wir sind die Demokratie. Jede Handlung, jede Entscheidung, die auf Respekt und Toleranz basiert, ist ein Beitrag zu einer stabilen und gerechten Gesellschaft. Demokratie ist noch nie einfach so vom Himmel gefallen. Man muss dauerhaft mit ihr arbeiten, sie pflegen. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“ Auch wenn dieses Zitat erwiesenermaßen nicht von Goethe stammt, dem es so oft zugeschrieben wird, trifft der weiterhin unbekannte Urheber den Nagel auf den Kopf. Ein wichtiger Schritt ist die Bildung. Wissen über die Vergangenheit, über

die Mechanismen von Propaganda und Manipulation, ist der beste Schutz gegen die Wiederholung von Fehlern. Unsere Schulen, Universitäten und öffentlichen Institutionen tragen die Verantwortung, jungen Menschen kritisches Denken und eine wache Haltung gegenüber extremistischen Tendenzen zu vermitteln. Gerade in Zeiten der „alternativen Fakten“ – für mich immer noch eine der absurdesten Wortschöpfungen aus der ersten Trump-Ära – gerade in Zeiten der „alternativen Fakten“ und einer m.E. erkennbaren Abnahme reflektierten Denkens eine nicht ganz leichte Aufgabe. Aber es gehört eben auch dazu, berechnete Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Wie kann es also sein, dass in unserem Land, in dem Kinder- und Altersarmut rapide zunehmen, in unserem Land, in dem Suppenküchen zum Alltag gehören,

in unserem Land, in dem Tafeln inzwischen Menschen ablehnen müssen, weil sie sonst nicht mehr in der Lage sind, die bisher Versorgten weiter zu versorgen, in unserem Land, in dem der Mittelstand merklich erodiert und Menschen, die sich bislang ein recht sorgenfreies Leben leisten konnten, plötzlich mit Zukunftsängsten konfrontiert sehen, wie kann es sein, dass das Staatsoberhaupt dieses Landes davon spricht, dass wir im „besten Deutschland, das es je gab“ leben? Sind Sie sich angesichts der genannten unumstößlichen Tatsachen so sicher, Herr Steinmeier? Ich habe da erhebliche Zweifel. Die allermeisten Menschen erleben eine andere Realität als die vom Bundespräsidenten skizzierte. Das muss die Politik erkennen, ansonsten leistet sie der Demokratie einen Bärendienst und lässt nur diejenigen jubeln, die von Demokratie rein gar nichts halten und die in den letzten Jahren zunehmend nach oben gespült wurden. Heute erinnern wir uns an die Opfer des Nationalsozialismus. Doch Erinnern allein genügt nicht. Erinnerung muss immer auch Handeln bedeuten. Wenn wir „Nie wieder“ sagen, dann bedeutet das, dass wir wachsam sein müssen, wenn Rhetorik die Würde von Menschen infrage stellt. All das kennen wir aus der Gegenwart zu Genüge. Es bedeutet, dass wir eintreten müssen, wenn die Rechte von Minderheiten bedroht sind. Und es bedeutet, dass wir uns nicht scheuen dürfen, für unsere Werte einzustehen, auch wenn es unbequem ist. Die Opfer des Nationalsozialismus mahnen uns, dass Schweigen keine Option ist. Jede und jeder von uns trägt eine Verantwortung – in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz. Lasst uns diese Verantwortung nicht als Last, sondern als Privileg sehen. Denn wir leben in einer Demokratie, die uns die Freiheit gibt, unsere Stimme zu erheben. Diese Freiheit wurde von vielen Menschen hart erkämpft, und sie ist nicht selbstverständlich. Wir müssen uns fragen: Welche Welt wollen wir für die kommenden Generationen hinterlassen? Eine Welt, in der wir aus der Geschichte gelernt haben, oder eine, in der wir sie ignorieren? Der Tag des Gedenkens erinnert uns daran, dass wir eine Wahl haben. Es liegt an uns, ob wir Brücken bauen oder Mauern errichten. Die Demokratie ist verletzlich, aber sie ist auch stark, wenn wir sie gemeinsam stützen. Lasst uns deshalb nicht nur der Vergangenheit gedenken, sondern auch die Zukunft gestalten – mit Mut, mit Mitgefühl und mit der festen Überzeugung, dass die Werte der Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit immer verteidigt werden müssen.

GEW-Weihnachtsspende Teil 2

Endlich nicht mehr auf dem Boden sitzen

In Larabanga (Ghana) wurde bei einer zurückliegenden Reise mit Schülerinnen und Schülern ein Schulgebäude der Grundschule renoviert und über Fördermittel stabile Holzmöbel hergestellt bzw. zahlreiche neue Unterrichtsmaterialien gekauft. Als Förderer trat auch der GEW-Kreisverband Bergstraße mit einem Teil seiner Weihnachtsspende auf. Bisher wurden die Kinder in Larabanga auf dem Boden sitzend unterrichtet. Jetzt ist ein deutlich qualifizierter Unterricht möglich. In der Kreisstadt Damongo ist genauso wie in Larabanga ein Tiefbrunnen gebohrt worden, der der dortigen Highschool eine dauerhafte Wasserversorgung ermöglicht. Das alles wurde mit den Spendengel-

dern an das Projekt des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Pirna ermöglicht und hilft den Menschen vor Ort sehr. Bei dem Schulpartnerschaftsprojekt konnten kürzlich erstmalig Gäste aus Ghana in Pirna begrüßt werden. Demnächst wird es ein weiteres Partnerschaftsprojekt mit gemeinsamen Lernprojekten geben. Aktuelle Infos und Spendenmöglichkeiten über: www.damongo-larabanga.de.



Ein Team aus Deutschland unterstützte die Lehrerschaft in Larabanga bei der Renovierung eines Schulgebäudes. Die GEW Bergstraße förderte das Projekt mit einem Teil der Weihnachtsspende.

Dr. H.-W. Sonntag

GEW-Studie zeigt hochgradige Belastung von Leitungskräften auf

Schulleitungen kratzen am Burnout

Der GEW-Landesverband Hessen hat die Ergebnisse einer Befragung zu den psychischen Belastungen bei der Arbeit von Schulleitungen durch die Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften (FFAW) vorgestellt. Danach stehen Schulleitungen überdurchschnittlichen Arbeitsanforderungen gegenüber und Burnout-Symptome treten bei ihnen häufiger auf.

Hohes Tempo, keine Pausen

Nach Einschätzung von Matthias Nübling, Geschäftsführer der FFAW und Studienleiter, belegen die erhobenen Daten, dass Leitungskräfte an Schulen hochgradig belastet sind: „Schulleitungen in Hessen sehen sich im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in unserer Datenbank vor deutlich erhöhte Anforderungen durch ihre Arbeit gestellt. So gaben 84 Prozent der Schulleitungen an, dass sie oft oder immer den ganzen Tag in hohem Tempo arbeiten. 76 Prozent können selten oder nie ihre Pausenzeiten einhalten. Ihren allgemeinen Gesundheitszustand bewerten Schulleitungen schlechter als der Durchschnitt der anderen Berufsgruppen oder als die Beschäftigten der Öffentlichen Verwaltung. Symptome für Burnout sind bei ihnen häufiger auszumachen. Zudem gehen Schulleitungen vergleichsweise oft krank zur Arbeit.“

Viele Leitungsstellen unbesetzt

Laut Thilo Hartmann, dem Vorsitzenden der GEW Hessen, ist es angesichts der Ergebnisse der Schulleitungsbefragung wenig über-



Bild: Silvia auf Pixabay

Den Schulleitungen an hessischen Schulen wächst die Arbeit über den Kopf. Eine neue GEW-Studie zeigt die hochgradige Belastung und Burnout-Gefährdung von Schulleitungen in Hessen auf. Entlastung ist dringend erforderlich.

raschend, dass eine erhebliche Zahl von Schulleitungsstellen in Hessen nicht besetzt ist. Aus den jetzt vorliegenden Ergebnissen müssen ihm zufolge die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden: „Das Land Hessen sollte sich als Arbeitgeber dazu verpflichten, den Schulleitungskräften regelmäßig Belastungsstudien und gezielte Präventionsmaß-

nahmen anzubieten. Ganz generell müssen die Ressourcen für Bildung gestärkt werden.

Die schlechte Ausstattung der Schulen ist wesentlich für die hohe Arbeitsbelastung der Schulleitungen verantwortlich. Hier muss angesetzt werden, um die Belastungsfaktoren zu verringern. Ganz konkret sind Entlastungsstunden für Leitungs-

kräfte und zusätzliche Funktionsstellen erforderlich. Zudem sollte zusätzliches Personal – zum Beispiel IT-Administratoren und Verwaltungsfachkräfte – für Entlastung sorgen. Erforderlich ist auch eine bessere Bezahlung, insbesondere im Bereich der Grundschulen. Außerdem ist die Landesregierung aufgefordert, endlich durchschlagende Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel zu ergreifen.“

Investitionsprogramm notwendig

Nicht zuletzt sollte die Landesregierung ein angemessen großes Investitionsprogramm auflegen, um die Kommunen beim Schulbau zu unterstützen, forderte Hartmann abschließend.

Zum Hintergrund

Die Befragung zu psychischen Belastungen bei der Arbeit mit dem Copenhagen Psychosocial Questionnaire wurde im Auftrag der GEW durch die Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (FFAW) erstellt. Die FFAW nutzte den „Copenhagen Psychosocial Questionnaire“ (COPSOQ), einen breit erprobten Fragebogen zur Messung psychosozialer Faktoren am Arbeitsplatz, der anonym ausgefüllt wird. Die FFAW hat damit bereits über 1.500 Projekte mit über 600.000 Befragten absolviert. An der Befragung beteiligten sich vom 23. September bis zum 25. November 2024 981 Personen in Schulleitungsfunktionen. Im Bundesland Hessen gibt es insgesamt 1.859 Schulen.

Verlässliche Schule

Was ist der Nachmittag wert?

Fallen Unterrichtsstunden aus, müssen Schulen eine Vertretung organisieren. Eine Möglichkeit ist, diese Vertretung über zusätzliches Personal im Rahmen der sogenannten Verlässlichen Schule (VSS) durch zugewiesene Mittel zu organisieren. Ziel ist es, regulären Unterricht zu gewährleisten. Auch wenn dies nicht immer ausgebildete Fachkräfte sind, entlasten sie das Kollegium doch ungemein, zumal der massive Lehrkräftemangel das Problem ohnehin verschärft.

Nachmittag nicht im Blick

Stand jetzt gilt diese Gewährleistung laut Schulgesetz für regulären Unterricht allerdings nur für Stunden am Vormittag. Nachmittagsunterricht ist aber heute schon Realität an vielen Schulen. Da inzwischen immer mehr Schulen in Ganztagsprofilen arbeiten und ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht besteht, erhöht sich der Anteil von Unterricht am Nachmittag immer weiter.

Ernüchternde Antwort:

Keine Regelung im Schulgesetz

Auf Nachfrage des Gesamtpersonalrats Schule des Schulamtsbezirks Bergstraße/Odenwald, wie denn der verlässliche Unterricht im Nachmittagsbereich gewährleistet werden soll, kam eine ernüchternde Antwort: Es gibt im Schulgesetz hierzu bislang noch keine Regelung. Daher können keine Vertretungskräfte am Nachmittag eingesetzt werden. Das bedeutet letztlich, dass Unterricht am Nachmittag ausfallen muss oder es zu einer höheren Belastung von Lehrkräften in Form von Mehrarbeit und Erhöhung der Arbeitsleistung kommt.

Ausreichend Personal ist nötig

Deshalb fordert der Gesamtpersonalrat Schule des Schulamtsbezirks Bergstraße/Odenwald den Kultusminister auf, diesen Missstand umgehend zu beheben, die entsprechenden Rechtslücken durch klare Regelungen zu schließen und Gelder sowie ausreichend Personal für Vertretungen (VSS) bereitzustellen. Nur so kann ein gleichwertiger Unterricht am Nachmittag stattfinden und Lehrkräfte werden nicht unnötig zusätzlich belastet.

Die rote Ecke

Die Wiederbelebung der Leitkultur

Man lernt nicht für die Schule, sondern man lernt fürs Leben. So manch ein Pennäler musste sich diesen Spruch schon anhören. Meist wurde er von den Eltern, vielleicht sogar noch häufiger von den Großeltern formuliert. Und in der Tat musste wahrscheinlich irgendwann jeder von uns im Laufe seines Lebens eingestehen, dass da doch sehr viel Wahrheit mitschwingt. Das wollten wir zur eigenen Schulzeit nicht so recht einsehen.

Wie gut, dass nun endlich eine Person im Kultusministerium (Äh, pardon, im HMKB, im Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und, äh, und, äh, da fehlt doch noch was!) sitzt, die sich offenkundig auf die Fahne geschrieben hat, dass künftig alles einen klar erkennbaren Zweck erfüllt, der das Leben in höchstem Maße positiv beeinflussen wird. Da wäre beispielsweise der Wiederbelebungunterricht für Jahrgangsstufe sieben, der aktuell noch als Schulversuch läuft. Es ist ja durchaus positiv, wenn so viele Menschen

wie möglich mit den Fertigkeiten vertraut sind, die es einem ermöglichen, im Idealfall das Leben eines anderen Menschen zu retten. Und wer weiß, es kann schon sein, dass die frisch ausgebildeten Herzdruckmassseure gleich mal ihre Kenntnisse anwenden müssen, wenn der ohnehin schon grenzwertig gestresste Deutschlehrer erkennt, dass er seinen Stoff niemals durchbringen wird, weil er eine gewisse Anzahl seiner Stunden für den Wiederbelebungunterricht opfern musste und flott einen Herzanfall bekommt. Aber dann weiß er endgültig, dass die gelernten Fähigkeiten seiner Schülerschaft lebensrettend sind. Tja, da kann er mit seinem *Erkönig* oder sonstigem Balladengedöns eben nicht anstinken.

Wenn wir schon bei Wiederbelebung sind: Es kann nicht schaden, wenn bei jungen Menschen auch die guten Manieren und die Gepflogenheiten, wie wir sie nun mal in diesem unserem Lande antreffen, wiederbelebt werden. Gut, ich meine jetzt

zuvorderst nicht die Gepflogenheiten des maßlosen Biersaufens und Herumgröhlens, ehe dem Nachbarn nach dem beschwerlichen Heimweg nach dem Bierzeltbesuch in den Vorgarten gekotzt wird. Es geht eher darum, dass die vielen Geflüchteten mal kennenlernen, wie man sich anständig in diesem unserem Lande verhält. Dass man sich mit einem ordentlichen „Guten Tag“ begrüßt, sich die Hand gibt, freundlich lächelt und sich mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen“ samt Handschlag verabschiedet. Die Flüchtlingskinder kennen das ja alle nicht. Niemand von ihnen weiß, wie man sich benimmt. Zumindest ist ihnen das deutsche Benehmen unter Garantie fremd. Sie hatten ja auch noch nie mit der deutschen Leitkultur zu tun. Ob jetzt dieser treffende Begriff tatsächlich in dem Kontext verwendet wurde, weiß ich gar nicht mehr.

Na ja, von den Blockflöten brauch ich ja gar nicht erst reden. Das ist ja die Erfolgsgeschichte überhaupt. Zumindest der größte deutsche

Blockflötenhersteller aus dem osthessischen Fulda jublierte. Und auch das ist wichtig fürs weitere Leben, denn gute Blockflötenspieler werden ja immer gebraucht. Okay, ich weiß, dass es auch Menschen gibt, bei denen diese Töne regelrecht einen Herzanfall verursachen. Doch alles kein Problem, wenn die Flötistinnen und Flötisten auch den Wiederbelebungunterricht besucht haben. Wundervoll, da ist einfach an alles gedacht.

Ob Herr Schwarz nun allerdings angesichts seiner eigenen Bundeswehrvergangenheit auch zu anderen schulischen Vorhaben aufruft, die den Kindern für ihr weiteres Leben viel Wertvolles bieten, ist mir jetzt tatsächlich nicht bekannt. Vorstellbar wäre natürlich die Wiederaufnahme von Handgranatenweitwurf oder Gasmaskenwettrennen in den Sportunterricht. Oder natürlich der Bau von Bunkern, das Ausheben von Schützengräben als Projekt. Es muss ja auch ein bisschen zur Zeit passen, nicht wahr? **Holger Giebel**

IMPRESSUM

Bergsträßer Lehrerpost

Redaktion: Holger Giebel
E-Mail: hgiebel@gew-bergstrasse.de

Herausgeber: GEW Bergstraße
Internet: www.gew-bergstrasse.de
Druck: KS Druck GmbH, Heppenheim